

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und wirtschaftspolitischen
Sprechers**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 33

Abschließende Beratung
Clearingstelle des Landes Niedersachsen auflösen

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/10909

während der Plenarsitzung vom 10.09.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Unterstellung aus der AfD, wir würden uns den Staat zur Beute machen, muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

Festgemacht wird das daran, dass eine ehemalige Landtagsabgeordnete nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag - und sie ist im Übrigen nicht gescheitert bei der Kandidatur; sie ist gar nicht mehr angetreten, um das mal klarzustellen -, die als Volkswirtin auch noch die fachliche Qualifikation für solch eine Arbeit mitbringt, in der Clearingstelle beschäftigt wird. Das kommt von einer Fraktion, die Korruption und Vetternwirtschaft quasi in ihrer DNA trägt, Kolleginnen und Kollegen von der AfD.

Der Landesverband Sachsen-Anhalt, der Landesverband Niedersachsen, die AfD-Bundestagsfraktion ist immer wieder durch Verwandtenbeschäftigung aufgefallen. Die AfD-Landtagsfraktion in Niedersachsen hat sich, nachdem Sie 2017 hier eingezogen sind, innerhalb kürzester Zeit zerlegt.

Es sind so viele Mitglieder ausgeschieden, dass Sie gar keinen Fraktionsstatus mehr hatten, und die ehemalige Vorsitzende Dana Guth hat schwere Vorwürfe hinsichtlich schwarzer Kassen und Vetternwirtschaft erhoben, die bis heute nicht ausgeräumt sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und gestern durften wir hier Zeuge eines Schauspiels werden, als der geschasste Stefan Marzischewski-Drewes, immerhin der ehemalige Fraktionsvorsitzende, hier Vorwürfe gegen den aktuellen Parteivorsitzenden in Niedersachsen, Ansgar Schledde, erhoben hat.

Der Ausgang dieser ganzen Geschichte ist offen. Herr Schledde ist nicht da. Er beschäftigt sich wahrscheinlich gerade mit seinem Anwalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und Sie unterstellen uns, dass wir uns den Staat zur Beute machen! Das ist eine Unverschämtheit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Außerdem ist Ihre ganze Politik - das sieht man an den Äußerungen in Sachsen-Anhalt; das sieht man auch an Ihren Äußerungen hier - in Wirklichkeit da-rauf ausgelegt, sich den Staat zur Beute zu machen. Denn Sie machen nichts anderes als das, was alle Rechtspopulisten und Rechtsextremen in Europa und auch in den USA machen: den Angriff auf die Gewaltenteilung. Auch das ist ein Kern Ihrer Politik.

Alles, was Sie kontrollieren und in Ihrer Macht einschränken könnte, wollen Sie abschaffen, damit Sie sich wirklich den Staat zur Beute machen können. Alle demokratischen Fraktionen und alle Demokratinnen und Demokraten in Niedersachsen sind dazu angehalten, das zu verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt will ich aber auch noch mal zur Sache kommen.

Die Clearingstelle existiert seit 2020. Sie ist also nicht geschaffen worden, damit eine Kollegin versorgt wird, sondern sie existiert seit 2020. Die Leiterin der Clearingstelle war damals noch Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Die Clearingstelle ist auf Initiative des damaligen Wirtschaftsministers Bernd Althusmann in der rot-schwarzen Regierung unter Ministerpräsident Stephan Weil eingeführt worden.

Und sie ist - das ist in dieser Debatte überhaupt nicht deutlich geworden - ja nicht ein Projekt nur der Landesregierung, sondern ein Projekt von Landesregierung und IHK Niedersachsen. Gestern Abend, beim Parlamentarischen Abend der IHK Niedersachsen, wäre eine gute Gelegenheit gewesen, mal nachzufragen, was denn die IHK Niedersachsen von Ihrem Antrag auf Abschaffung hält. Sie hätten eine entsprechende Antwort erhalten. Leider war niemand da; wahrscheinlich hätte auch niemand gefragt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eben schon gesagt worden: Diese Clearingstelle ist in ihrer Ausgestaltung nicht in Stein gemeißelt. Es ist ein Projekt, und ein Projekt muss immer evaluiert werden. Ein Projekt muss auch immer weiterentwickelt werden. Deswegen ist der Projektfördervertrag 2024 neu aufgesetzt worden. Die Clearingstelle ist noch mal bis zum 31. Dezember 2028 verlängert worden. Und sie ist neu aufgestellt worden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist auch richtig. Wir werden weiterhin daran arbeiten, diese Clearingstelle so effektiv wie möglich zu machen, sie fragen und auch überprüfen, wie sie mit ihrer Arbeit vorankommt, und sie dabei unterstützen - und eben nicht abschaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Antrag - auch das muss man ganz klar sagen - kommt nicht ohne erhebliche Widersprüche aus.

Zum einen: Gerade ist bei den Beratungen zu Punkt 30 deutlich geworden, dass die AfD beim Bauantrag diejenigen aus dem Verfahren drängen will, die auf Umweltprobleme hinweisen. Jetzt wollen Sie die Stelle abschaffen, die auf vermeidbare Belastungen für den Mittelstand hinweist. Probleme werden nicht gelöst, indem Sie diejenigen beseitigen, die Hinweise geben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer Vorschriften gezielt vereinfachen will, braucht jemanden, der genau hinschaut: Was ist notwendig? Was ist überflüssig? Was lässt sich leichter umsetzen? Genau das macht die Clearingstelle. Daher ist sie wichtig. Deswegen werden wir sie auch erhalten und weiterentwickeln. Das machen wir im Dialog mit der IHK, im Dialog mit den anderen Kammern und natürlich auch im Dialog mit der Clearingstelle.

Ein weiterer Widerspruch in diesem Antrag ist, dass Sie behaupten: Die Stellungnahmen der Clearingstelle sind nutzlos, weil sie nicht rechtsverbindlich sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verweise auf die Stellungnahmen der

Wirtschaftsverbände. Keine Stellungnahme von Wirtschaftsverbänden ist rechtsverbindlich. Es geht auch nicht um Rechtsverbindlichkeit, sondern um wichtige Hinweise aus der Wirtschaft. Es geht darum, dass wir Anhörungen durchführen und Stellungnahmen - sowohl schriftlich als auch mündlich - einholen, damit wir nicht an der Realität vorbei Politik machen. Das hat nichts mit Rechtsverbindlichkeit, sondern in diesem Fall etwas mit Hinweisen aus der Wirtschaft zu tun. Es geht um Hinweise von Institutionen und Verbänden, damit wir diese in unsere Politik einfließen lassen können.

Hier wird deutlich: Die AfD redet zwar gern vom Mittelstand; sie redet aber nicht mit dem Mittelstand. Auch das ist ein großes Problem, dass Sie als AfD solche Anträge anfertigen lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend sagen: Sie benennen in Ihrem Antrag keine einzige konkrete bürokratische Pflicht, die durch die Abschaffung der Clearingstelle für einen Betrieb wegfällt. Sie wollen lediglich die Stelle abschaffen, die solche Anträge hinterfragen soll. Für die Ablehnung eines solchen inhaltsleeren Antrages haben wir im Ausschuss keine zusätzliche Unterrichtung gebraucht. Wer wirksam Bürokratieabbau erledigen will, der braucht die Erfahrung, der braucht die Vorschläge aus den Betrieben, von den Kammern, und der braucht die Clearingstelle.

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir zukünftig auch bei AfD-Anträgen zur Wirtschaftspolitik ohne solche Diffamierungen und Unterstellungen auskommen würden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.